

# Zukunftswerkstatt UCW Futur II      Faktencheck und Status Quo Februar 2013

## 1. Hintergrund: Liegenschaftspolitik und Konsolidierungsbezirke

Das Land Berlin ist hoch verschuldet. Bis 2016 sollen keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden<sup>1</sup>. 2001 wird der *Liegenschaftsfonds Berlin* eingerichtet, alleiniger Gesellschafter ist das Land Berlin<sup>2</sup>. Aufgabe ist die Vermarktung von Spezialimmobilien<sup>3</sup>. Politik des Liegenschaftsfonds war bislang, landeseigene Grundstücke möglichst gewinnbringend an Meistbietende zu verkaufen<sup>4</sup>. Die 12 Bezirke unterliegen der Konsolidierungspolitik des Senates. Der Senat vergleicht die Einnahmen und Ausgaben der Bezirke und bildet daraus Medianwerte, an die sich wiederum alle Bezirke halten müssen. Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf erfüllt die Sparvorgaben nicht, zB. weil durch steigende Altersarmut erhöhte Sozialausgaben anfallen. Dem Bezirk sind wiederholt jedes Jahr *Haushaltssperren* auferlegt worden, zuletzt am 29.08.2012, aufgrund zu erwartender Mehrausgaben bei den Bewirtschaftungsausgaben für Grundstücke und Gebäude des Bezirks<sup>5</sup>. Eine Haushaltssperre bedeutet einen Ausgabenstopp mit Ausnahme gesetzlich vorgeschriebener Zahlungen, wie zB. Personalkosten. Charlottenburg-Wilmersdorf propagiert einen "Bürgerhaushalt" als neue Form der Bürgerbeteiligung in der bezirklichen Haushaltsplanung<sup>6</sup>.

Vor allem die westlichen Bezirke sind gezwungen, immer mehr Immobilien in den Liegenschaftsfonds zu geben. Sie profitieren im Fall eines Verkaufs nur prozentual, da Gewinne auf das gesamte Land Berlin/ alle Bezirke aufgeteilt werden.

Nach jahrelangen Protesten gegen diese Politik schließt das *Abgeordnetenhaus* 2010 eine "*Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik*"<sup>7</sup>. Der Senat wird aufgefordert, beim Umgang mit landeseigenen Liegenschaften neben den fiskalischen Interessen stärker wirtschafts-, wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Ziele zu berücksichtigen<sup>8</sup>. Es soll eine nachhaltige und langfristige strategische Wertschöpfung für das Land Berlin angestrebt und erzielt werden<sup>9</sup>. Die Kriterien für die Vergaben (Direktvergaben, bedingungsfreie Bieterverfahren, beschränkte Ausschreibungen, Festpreisverfahren) sollen an die Neuausrichtung angepasst werden.

Abgeordnete von SPD, CDU, Grüne und Piratenpartei gründen gemeinsam mit der *Initiative Stadt Neudenken*<sup>10</sup> den *Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik*<sup>11</sup>. Ziel ist die Unterstützung des o.g. Abgeordnetenbeschlusses und die Beteiligung der Zivilgesellschaft an dem Prozess der Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik.

Anfang 2012 beschließt das *Bezirksamt* (Stadträtin und Stadträte) des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf, dass u.a. die Liegenschaft Sigmaringer Str. 1 in den Liegenschaftsfonds gegeben werden soll, um aktuelle Sparauflagen zu erfüllen.

## 2. Chronologie der Aktivitäten

- **Februar 2012: Beschluss Bezirksamt: Abgabe UCW in Liegenschaftsfonds** bis heute nicht aufgehoben und bei Zwangsverwaltung voraussichtlich umsetzbar

- **27.02.2012: 1. Außerordentliche Mieter/innenversammlung + Künstler/innen:** Beschlüsse verschiedener Aktivitäten

- **28.02.2012:** Die Mieterinnenvertreterin des UCW, Barbara Brecht-Hadraschek, richtet das **Blog**

1 [www.berlin.de](http://www.berlin.de), Senatsverwaltung

2 [www.immobilienfonds.de](http://www.immobilienfonds.de)

3 [www.immobilienfonds.de](http://www.immobilienfonds.de), Portrait

4 zB. "Keine neue Grundstückspolitik", Berliner Zeitung vom 07.10.2012

5 Pressemitteilung Charlottenburg Wilmersdorf vom 29.08.2012

6 [www.berlin.de](http://www.berlin.de), Charlottenburg-Wilmersdorf, Bürgerhaushalt

7 Drucksachen 16/3164, 16/3221, Beschluss vom 03.06.2010

8 Beschluss vom 03.06.2010, Nr.1, "Weitere Ausgestaltung der Ausrichtung der Liegenschaftspolitik"

9 Beschluss vom 03.06.2010, Nr.1, "Weitere Ausgestaltung der Ausrichtung der Liegenschaftspolitik"

10 [www.stadt-neudenken.de](http://www.stadt-neudenken.de)

11 <http://Stadt-neudenken.tumblr.com/Runder%20Tisch>

**Sigmaringer 1, Unternehmerinnenzentrum und Atelierhaus** <sup>12</sup> als rasche Kommunikationsplattform ein. Über "Folge "Sigmaringer1" können alle per Mail über die aktuelle Entwicklung sofort informiert werden.

- **März 2012:** Über das Blog, im UCW und bundesweit für das UCW werden über 1.000 **Unterschriften** gegen die Abgabe der Liegenschaft gesammelt.

- **März 2012: der geschäftsführende ASF-Landesvorstand** über Dr. Eva Högl und Mechthild Rawert fordern den SPD-Landesparteitag schriftlich auf, dass dieser sich dafür einsetzen soll, dass die SPD Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks und des Abgeordnetenhauses sich für den Erhalt des UCW einsetzen.

- **März 2012: Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin**<sup>13</sup> setzt sich gegenüber der BVV Vorsteherin Judith Stückler für den Erhalt des UCW ein.

**05.03.2012: Pressemitteilung**, "Unternehmerinnen- und KünstlerInnen auf der Streichliste des Bezirks!"<sup>14</sup>

- **05.03.2012: auf Einladung der Mieterinnen erscheinen Bezirkspolitiker/innen** aller Parteien, selbst vom Abgeordnetenhaus, um mit den Mieterinnen zu sprechen.

- **06.03.2012: Dringlichkeitsbeschlussvorschlag, Ausschuss für Haushalt, Personal und Wirtschaftsförderung der Abgeordneten Wuttig/ Dr. Vandrey/ Kaas Elias/ Prejawa**<sup>15</sup>: UCW auf Dauer im Bezirk erhalten! *Das Bezirksamt wird aufgefordert, das erfolgreiche Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum (UCW) auf Dauer im Bezirk zu erhalten; die mögliche Finanzierung am Standort Sigmaringer Straße 1 unverzüglich zu klären, insbesondere im Hinblick auf die bisher mit der GSE geführten Verhandlungen und den Sanierungsbedarf bezüglich der Immobilie unter Berücksichtigung der Mitnutzung durch die Dietrich-Bonhoeffer-Bibliothek und das Atelierhaus. Der BVV ist bis 30.06.2012 zu berichten.* **Drucksache 0165/04**

- **07.03.2012: Interview und Bericht im Inforadio**, "Berliner Gründerinnenzentrum vor dem Aus?"<sup>16</sup>

- **08.03.2012, 17 h: Demonstration** vor dem Rathaus Wilmersdorf mit den Künstler/innen.

- **08.03.2012, 18 h: Übergabe mehr als 1.000 Unterschriften** an BVV Vorsteherin Judith Stückler.

- **08.03.2012: Außerordentliche öffentliche Bezirksverordnetenversammlung** (BVV) u.a. über den Bezirksdoppelhaushaltsplanentwurf 2012/2013, darunter TOP 3.9: *UCW auf Dauer im Bezirk!* Die BVV beschließt mit der Mehrheit SPD/ Grüne, wie vom Ausschuss für Haushalt, Personal und Wirtschaftsförderung initiiert (siehe 06.03.2012).

- **10.03.2012: Kiezspaziergang** mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann startet vor dem UCW, Demo und Ansprachen

- **26.03.2012: 2. Außerordentliche Mieter/innenversammlung**, Beschlüsse: Die Möglichkeit, bis 30.06.2012 Lösungsvorschläge zum Erhalt des UCW zu erarbeiten, soll genutzt werden. Frau Rabe (Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks) erklärt, dass der Beirat sich um einen erweiterten Treuhandvertrag mit dem bisherigen Verwalter GSE gGmbH kümmert. Der Inhalt des existierenden Treuhandvertrages ist den Unternehmerinnen nicht bekannt. Die Mieterinnen laden die GSE zu einem Gespräch ein. 16 Unternehmerinnen beschließen als Alternativlösung, Vertreterinnen der Weibewirtschaft e.G.<sup>17</sup> einzuladen und gemeinsam Möglichkeiten zum Erhalt des UCW auszuloten.

- **16.04.2012, 14 Uhr: Gründung AG Weibewirtschaft (WW)**: erstes Gespräch Unternehmerinnen UCW mit Vertreterinnen der Weibewirtschaft und der Gleichstellungsbeauftragten Christine Rabe. Die Weibewirtschaft existiert seit 20 Jahren erfolgreich und ist Europas größtes Unternehmerinnenzentrum. In dem Gespräch werden verschiedene Szenarien durchgesprochen. Es wird deutlich, dass nicht nur ein Kauf des UCW eine Möglichkeit ist, sondern verschiedene Möglichkeiten in Betracht kommen, die Weibewirtschaft zB. auch als Träger fungieren kann. Das UCW kann eine eigene Satzung erhalten, die örtlich angepasst ist. Alles wäre möglich und muss von

12 <http://sigmaringer1.wordpress.com>

13 [www.berlin-stadtderfrauen.de](http://www.berlin-stadtderfrauen.de)

14 Blogeintrag, Archiv, März 2012

15 DS-Nr. 0165/4

16 Blogeintrag, Archiv, März 2012

17 [www.weibewirtschaft.de](http://www.weibewirtschaft.de)

den Betroffenen beschlossen werden. Der Genossenschaftsbeitrag beträgt einmalig 103 EUR<sup>18</sup>. Damit hat jedes Genossenschaftsmitglied eine Stimme. Besonders dieser Punkt war für die UCW Unternehmerinnen wichtig, die alle zusammen nur *eine* Mieterinnenvertreterin in den politischen Beirat entsenden können. Es wird beschlossen, mit der Weiberwirtschaft zusammen am Erhalt des UCW zu arbeiten. Die Vertreterinnen der Weiberwirtschaft werden gebeten, Kontakt zu den zuständigen politischen Stellen herzustellen. Die Arbeitsgruppe sieht in der aktuellen Notlage auch eine Chance, das UCW nachhaltig zu sichern, wenn es nicht mehr abhängig von politischen Entscheidungen ist.

**- 20.04.2012: Angebot WW an Bezirksbürgermeister Naumann:** Die damalige Vorsitzende des Aufsichtsrates, Sabine Smentek, und die Geschäftsführerin Dr. Katja von der Bey teilen Bezirksbürgermeister Naumann den Mieterinnenbeschluss mit und bitten um ein Gespräch um *"mögliche Varianten zu sondieren"*. Weiter heißt es dort: *"Die bislang noch gänzlich ungeprüften Szenarien umfassen unter anderem auch den Erwerb der Immobilie"*<sup>19</sup>. *Die WW bittet den Bürgermeister, folgende Informationen über das Grundstück zur Verfügung zu stellen:*

- Grundbuchauszug, Auszug aus dem Baulastenverzeichnis
- Grundrisse und Schnitte, Nutzflächenaufteilung
- Komplette MieterInnen-Liste mit Miethöhe und Laufzeit (anonymisiert)
- Energieausweis, neueste Betriebskosten- und Heizkostenabrechnung
- Aufstellung des Instandhaltungsrückstaus<sup>20</sup>

Im Gespräch erklärt Bezirksbürgermeister Naumann, dass er die zur Kaufprüfung notwendigen Daten aus rechtlichen Gründen nicht herausgeben kann. Diese Daten können bis heute nicht an die WW ausgehändigt werden (siehe Bericht zu Drucksache Nr. 0320/4).

**- 31.05.2012: Angebot WW an Bezirksstadtrat Gröhler (Immobilien)** über einen Erwerb der Immobilie und weitere Nutzungsmöglichkeiten mit der Bitte um Zugänglichmachung der notwendigen Daten. Auch der für Immobilien zuständige Stadtrat kann die Daten aus Gleichbehandlungsgründen im Fall eines Verkaufs nicht herausgeben<sup>21</sup>. Er bittet jedoch die Senatsverwaltung für Finanzen um Einschätzung, ob aus ihrer Sicht eine Herausgabe von Unterlagen und Daten unbedenklich sei<sup>22</sup>.

**- 18.06.2012: Sitzung Förderverein UCW e.V. zur Prüfung eines Meinungsbildes:** Der damalige Vorstand des Vereins favorisiert allein das Treuhandmodell mit der GSE gGmbH und möchte, dass jegliche Alternativprüfungen unterbleiben. Der Vorstand kann weiterhin den existierenden und von ihm favorisierten Treuhandvertrag nicht vorlegen. Die Unternehmerinnen hingegen wollen weiter eine ergebnisoffene Prüfung aller Möglichkeiten zum Erhalt des UCW.

**- 30.06.2012: Berichtstermin für das Bezirksamt zu DS 0165/4:** *Die Drucksachen 1849/3 (Trautenaustr.) und 0165/4 werden gemeinsam beantwortet. Das Bezirksamt hat sich schriftlich an die Senatsverwaltung für Finanzen gewandt, um eine Entscheidung zur Übertragbarkeit der Immobilie Trautenaustraße 5 als auch der Sigmaringer Straße 1 an die GSE zu erhalten. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat mit Schreiben vom 22.06.2012 allen Bezirken mitgeteilt, dass sie eine Eigentumsübertragung an die GSE und das SILB "nicht grundsätzlich ausschließt". Insbesondere bei der Übertragung an die GSE sei jedoch ein Einzelfall zu begründen, dass sich die Übertragung für das Land wirtschaftlich sinnvoll darstellen lasse. Das Bezirksamt wird prüfen, ob im Falle der Immobilien Kriterien der Senatsfinanzverwaltung als erfüllt anzusehen sind, bzw. welche Daten und Unterlagen zusammengestellt und an die Senatsverwaltung geschickt werden müssen. Das Bezirksamt wird die BVV unaufgefordert über den Sachstand mit dem Schlussbericht spätestens am 31.12.2012 unterrichten"*<sup>23</sup>.

**- 02.07.2012: Unternehmerinnen wenden sich direkt an BVV, Bezirksamt, Fraktionen und zust. Ausschüsse:** In den Beiratssitzungen wird wieder deutlich, dass eine Mieterinnenvertreterin allein die Meinungen der Mieterinnen gegen die übrigen Beiratsmitglieder nicht durchsetzen kann. Der

18 Satzung Weiberwirtschaft e.G., IV: Eigenkapital und Haftsumme, § 33 Geschäftsanteil

19 Schreiben Weiberwirtschaft an Bezirksbürgermeister Naumann, "Zukunft des Unternehmerinnenzentrums Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW)" vom 20.04.2012

20 Schreiben Weiberwirtschaft an Bezirksbürgermeister Naumann, "Zukunft des Unternehmerinnenzentrums Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW)" vom 20.04.2012

21 vgl. Bericht zur Drucksache Nr. 0320/4

22 Bericht zur Drucksache Nr. 0320/4

23 Bericht Naumann/ Gröhler zu Drucksache - 0165/4

Bericht vom 30.06.2012 über die Stellungnahme des Senators für Finanzen ist in Sachen GSE entmutigend, denn die Übertragung des UCW an die GSE kann für das Land Berlin nicht wirtschaftlich sinnvoll sein. Die Unternehmerinnen werden nicht gehört und wenden sich daher direkt an die politisch Zuständigen. Die Unternehmerinnen bitten die Politiker/innen, ihnen selbst Zugang zu den notwendigen Daten zu gewähren, damit die WW eine Wirtschaftlichkeitsprüfung zum Kauf vornehmen kann<sup>24</sup>. Daraufhin finden Gespräche mit allen Fraktionen statt.

- **Juli 2012: Dieter Ruhnke von der GSE gGmbH** stellt sich den Mieterinnen zum Gespräch. Sein Treuhandmodell sieht einen Beirat wie bisher vor.

- **16.08.2012: BVV Beschluss Drucksache Nr. 0320/4** Antrag der Grünen: "*Gespräche zum Erhalt des UCW und des Atelierhauses*", Die BVV beschließt: *Das Bezirksamt wird beauftragt, mit potenziellen Interessenten Gespräche über den Erhalt des UCW und des Atelierhauses in der Liegenschaft Sigmaringer Str. 1 in anderer Trägerschaft zu führen und der BVV kontinuierlich zu berichten. Der BVV ist erstmalig am 30.09.2012 zu berichten*<sup>25</sup>.

- **24.09.2012: Gespräch Vertreterinnen WW (Dr. Katja von der Bey, Lene König) mit Bezirksstadtrat Klaus-Dieter Gröhler**, der Gleichstellungsbeauftragten, der Mieterinnenvertreterin Barbara Brecht-Hadraschek, Judith Brandner, der Fördervereinsvorsitzenden Monica Schümer-Strucksberg und Mitarbeiter/innen des Bezirks.

Der Stadtrat teilt mit, dass die Senatsverwaltung rechtliche Bedenken gegen eine Herausgabe der Daten hat<sup>26</sup>. Mangels konkreter Daten zur Immobilie ist ein Kauf daher für die Weiberwirtschaft momentan nicht wirtschaftlich prüfbar. Es wurden weitere Möglichkeiten sondiert. Es wurde verabredet, dass sowohl der Stadtrat als auch die WW sich mit den zuständigen Senatsverwaltungen in Verbindung setzen wird.

In der Nachbereitung des Gesprächs wurde beschlossen, dass zunächst eine Zukunftswerkstatt mit den Unternehmerinnen und Künstler/innen stattfinden soll, um die konkreten Bedarfe zu klären. Mit dem Ergebnis sollen WW und die Mieterinnenvertretung weiter gegenüber den Senatsverwaltungen und der Bezirkspolitik agieren können. Es beginnt die Planung der Zukunftswerkstatt.

- **27.09.2012: Absage der angesetzten Fördervereinswahlen**

- **03.10.2012: Ankündigung Zukunftswerkstatt:** Die Unternehmerinnen planen einen offenen Workshop zur Entwicklung einer Vision für den nachhaltigen Fortbestand des Hauses.

- **24.11.2012: 1. Zukunftswerkstatt UCW:** Die Zukunftswerkstatt wird - ehrenamtlich - moderiert von Almuth Hartwig-Tiedt, ehemals Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen in Berlin und mittlerweile Staatssekretärin im Gesundheitsministerium der Landesregierung Brandenburg.

Die Unternehmerinnen, die Gleichstellungsbeauftragte, Karin Nagel für den Förderverein und Vera Morgenstern für den Landesfrauenrat Berlin sowie eine Künstlerin erarbeiten die Vision eines gemeinsamen Arbeitsortes am Standort Sigmaringer Str. 1 für die Zukunft.

Die Wünsche für die Zukunft und die Kritik am Status quo mit dem jetzigen GSE Treuhandmodell werden deutlich. Es zeichnet sich auch deutlich ab, dass die gewünschten Veränderungen nur mit mehr Mitbestimmung wie sie in einem Genossenschaftsmodell möglich ist, erreicht werden können. In einem zweiten Termin Anfang des Jahres 2013 sollen die konkreten nächsten Schritte festgelegt werden.

- **12.02.2013: Vorstandswechsel Förderverein UCW:** Der Vorstand des Fördervereins Monica Schümer-Strucksberg, Karin Nagel und Susanne Marrock wird abgelöst von den Unternehmerinnen Larissa Böhning, Judith Brandner und Kathrin Haak. Die Unternehmerinnen haben damit ein juristisches Organ und können ihre Aktivitäten zum Erhalt des UCW besser vertreten.

Berlin, 23.02.2013

Judith Brandner

<sup>24</sup> Blogbeitrag, Archiv, Juli 2012

<sup>25</sup> Beschluss vom 16.08.2012, BVV-011/4, DS-Nr. 0320/4

<sup>26</sup> vgl. Bericht zur Drucksache Nr. 0320/4